

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Redaktionen und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis für Abonnenten: 12 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Kleinanzeigen: 5 Pfennige. Einmalige Anzeigen: 10 Pfennige. Einmalige Anzeigen: 10 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 213

Sonnabend, den 10. September 1932

27. Jahrgang

Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Der Reichspräsident behält sich seine Entscheidung vor Reichstagsauflösung nächste Woche?

Berlin, 8. Sept. In Berliner politischen Kreisen sieht man mit Spannung dem Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten entgegen. Er wird sich so abwickeln, daß der Reichspräsident zunächst die Vorstellung der Mitglieder des Präsidiums entgegennimmt, und im Anschluß daran wird dann Präsident Goering seine Auffassung über die politische Lage entwickeln. Der Reichspräsident wird diese Ausführungen entgegennehmen. Es dürfte von den Umständen abhängen, ob er darauf erwidert. Sollte das der Fall sein, so wird er, wie man in politischen Kreisen vermutet, darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit einer ungehinderten Durchführung des Wirtschaftsprogramms und die überaus wichtigen Verhandlungen mit dem Ausland in der Währungsfrage einen Wechsel in der Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick unmöglich machen. Dann wird am Montag der Reichstag zusammen treten, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen. Die Einzelheiten der Tagung sind in der Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Kanzler festgelegt worden. Die Unterhaltung dauerte etwa eine Stunde. Man kann wohl annehmen, daß sie sich auf die Formalien der Reichstags-Tagung beschränkte, zumal die gestrige Rede Hitlers besonders in dem Teil, der sich gegen den Reichstagspräsidenten richtete, in Kreisen der Wilhelmstraße kaum dazu beigetragen haben dürfte, eine freundlichere Atmosphäre zu schaffen. Die Aussprache im Reichstag wird voraussichtlich zwei Tage dauern. So daß die Auflösung also für Mitte der Woche erwartet wird. Heute mittag rechnete man noch mit der Möglichkeit einer erneuten Vertagung um etwa eine Woche. Bei den maßgebenden Parteien des Reichstages herrscht aber jetzt eine Stimmung vor, die die Möglichkeit

einer solchen Pause wieder reduziert hat. Sollte danach der morgige Empfang Goerings beim Reichspräsidenten die Aussichtlosigkeit der Bemühungen um einen Regierungswechsel dartun, so werden wahrscheinlich die Parteien keine Vertagung eintreten lassen. Das Schicksal des Reichstages wird sich also voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag der kommenden Woche begeben.

Der Empfang

Berlin, 9. Sept. Der angekündigte Besuch des Reichstagspräsidiums bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgte heute vormittag kurz nach 11.15 Uhr. An dem Empfang nahm auch Staatssekretär Meißner teil. Im Anschluß an die Vorstellung der einzelnen Mitglieder des Präsidiums erfolgte eine Aussprache, die etwa 20 Minuten dauerte und in deren Verlauf alle Herren zu Wort kamen. Reichstagspräsident Goering legte dar, daß der Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit aufweise. Der deutsche nationale Vizepräsident Graf Wibeck sprach aber grundsätzlich den Ausführungen Goerings mit einem Hinweis darauf, daß es nicht Aufgabe des Reichstagspräsidiums sein könne, dem Reichspräsidenten politische Vorschläge zu unterbreiten. Auch der Herr Reichspräsident stellte sich auf diesen Standpunkt, fügte aber hinzu, daß er nichts dagegen habe, daß die Herren ihre Ansicht zum Ausdruck brächten. Goerings Ausführungen gipfelten darin, daß er den Reichspräsidenten hat, die letzten Entscheidungen nicht eher zu treffen, bis er die Vertreter der großen Parteien empfangen habe, um ein Zusammenarbeiten des Reichstages mit dem Reichspräsidenten zu ermöglichen.

Der Herr Reichspräsident hat sich die letzte Entscheidung vorbehalten.

Taktlosigkeit — oder was sonst?

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt unter dieser Ueberschrift:

Seitdem die Nationalsozialisten an dem verhängnisvollen 13. August das Amt des Vizekanzlers und preussischen Ministerpräsidenten, das ihrem Führer angeboten wurde, abgelehnt haben, wird ihre Agitation immer maßloser. Sie richtet sich in erster Linie gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg und Herrn von Papen. Dem letzteren hat der Abg. Goebbels nachgelagt, er habe im Kriege nichts anderes geleistet, als in Amerika zu sein und dort die Aktienmappe zu verlernen. Dabei sollte auch Herr Goebbels wissen, daß der Rittermeister von Papen nicht nur in den Vereinigten Staaten Militärattaché gewesen ist, sondern sich auch auf den europäischen und asiatischen Kriegsschauplätzen mit großer Auszeichnung bewährt hat. Noch unerfreulicher und niederziehender sind die Angriffe gegen den Reichspräsidenten, dessen ehrenwürdiges Alter nicht einmal geschont wird, wenn es den nationalsozialistischen Führern gerade in den Kram paßt. Schon in der Versammlung am 1. September in Berlin hat Hitler sich gerühmt, nur halb so alt zu sein wie Herr von Hindenburg. In seiner Rede in München am 7. September hat der nationalsozialistische Parteiführer ebenfalls ausgeführt:

„Mein großer Gegenspieler, Reichspräsident v. Hindenburg, ist heute 85 Jahre alt, und ich bin 43 Jahre alt und fühle mich ganz gesund. Mir wird auch nichts geschehen, denn ich fühle deutlich, für welche große Aufgabe mich die Vorsehung auserkoren hat. Bis ich einmal 85 Jahre alt bin, lebt Herr v. Hindenburg schon lange nicht mehr.“

Welche Vermessenheit klingt aus dieser Sprache! Welche Autorität wird hier angetastet und welcher Mangel an Ehrfurcht kommt zum Ausdruck! Herr Hitler sollte wissen, daß es nationale Werte gibt, die höher stehen als jedes Parteibedürfnis und die angustasten ein frevelhaftes Beginnen ist. Er sollte sich der ernststen Mahnung erinnern, die der Reichspräsident ihm in der Unterredung vom 13. August erteilt hat: „Die von Hitler angekündigte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und sich seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volk bewusst zu bleiben“. Beider hat schon das Telegramm an die Beurteilten von Beutken hervorgehoben, daß Hitler für die große Aufgabe kein Augenmaß besitzt und seine Reden vom 1. und 7. September zeigen das selbe. Wenn gleichwohl der „Angriff“ diesen Parteiführer als den „größten deutschen Staatsmann“ bezeichnet, so braucht dazu kein Wort verloren zu werden.

Der Reichsaußenminister beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Sept. Der Reichspräsident empfing heute im Anschluß an den Vortrag des Reichskanzlers den Reichsaußenminister von Neurath.

Empfang Goerings beim Reichskanzler

Berlin, 8. Sept. Reichskanzler von Papen empfing im Anschluß an seinen Besuch beim Reichspräsidenten den Reichstagspräsidenten Goering.

Die Deutschnationalen gegen die Nationalsozialisten

Berlin, 8. Sept. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Donnerstagnachmittag in Anwesenheit des Parteiführers Dr. Eugen Berg eine Sitzung ab, die sich zunächst mit Wirtschaftsfragen beschäftigte. Im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung wurden Anträge vorbereitet, die insbesondere eine Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft und sozialpolitische Forderungen bei den neuen Maßnahmen zum Ziele haben. In der anschließenden politischen Aussprache wurden auch die Bestrebungen zur Bildung neuer Mittelgruppen besprochen, wobei die Fraktion zum Ausdruck brachte, daß diese Bestrebungen, die meist auf den Betätigungsdrang ehemaliger mittelparteilicher Parlamentarier zurückzuführen seien, wohl nicht ernst genommen werden könnten, weil sie nach allen Erfahrungen zum Scheitern verurteilt seien. Die Fraktion nahm dann

eine Entschlieung

an, in der es heißt, daß sie mit Empörung von den lägerischen Veröffentlichungen Kenntnis nahm, die besonders die nationalsozialistische Presse planmäßig im ganzen Lande über die DNVP. und ihren Führer verbreite. Diese unwahren und gehässigen Behauptungen hätten nur den Zweck, von der in den Reihen der Nationalsozialisten herrschenden

NSDAP. und Zentrum

Berlin, 8. Sept. Im Hause des Reichstagspräsidenten gegenüber dem Reichstagsgebäude fand am Donnerstagnachmittag eine gemeinsame Besprechung von nationalsozialistischen und Zentrumsabgeordneten statt, in der es sich um wirtschaftliche Fragen handelte. Neben dem Reichstagspräsidenten Goering nahmen an der Besprechung von den Nationalsozialisten der Abgeordnete Feder, vom Zentrum die Abgeordneten Stegerwald und Dessauer sowie Vizepräsident Esser teil. Ueber die Besprechung wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der NSDAP. und der Zentrumsfraktion am Donnerstagnachmittag stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund stand das dringende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen und die Sorgen für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ernststen Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlassheiten das gesteckte Ziel, Arbeiter in ihre Stätten zurückzubringen, nicht erreichen, vielmehr in eine schwere Enttäuschung münden werde. Der sozialpolitische Teil der Notverordnung, der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Minderheit in der Volksvertretung und über keinen Rückhalt in Arbeitnehmerkreisen besitzt, fand übereinstimmende Ablehnung. Darüber hinaus klärte die Besprechung hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturausschlusses Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit des Reichstages vorhanden ist.

Der Standpunkt des Zentrums

Berlin, 8. Sept. Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Zentrumsfraktion, Abg. Noos, sprach heute vor den Berliner Vertretern der Zentrumsfraktion zur politischen Lage. Das Zentrum teile, betonte der Redner, mit der Reichsregierung die Auffassung, daß gewisse Anzeichen für eine beginnende Besserung der Weltwirtschaftslage vorhanden seien. In einem solchen Zeitpunkt sei es notwendig, daß von der Staatsführung Maßnahmen getroffen würden, die den wirtschaftlichen Antriebs fördern und beschleunigen.

Gegen die generelle Ermächtigung der Reichsregierung auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung äußerte Abgeordneter Joos jedoch Bedenken. Die jetzt geplanten Maßnahmen seien im erheblichen Maße verbesserungsbedürftig. Das Zentrum sei überzeugt, daß der Konjunkturtrieb nur dann anhalte und die staatlichen Eingriffe nur dann die beabsichtigte Wirkung haben könnten, wenn eine Beruhigung und Festigung der politischen und staatlichen Verhältnisse auf längere Sicht gewährleistet sei. Ebenso sei das Zentrum davon überzeugt, daß in der augenblicklichen Regierungskonstitution diese politische Stabilität nicht gegeben sei und durch sie auch nicht erreicht werden könne. Wenn die Regierung keine Mehrheit im Reichstag finde und trotzdem im Amt bleibe, sei sie gezwungen, den Reichstag erneut aufzulösen. Die jetzigen politischen Verhältnisse böten folgende Perspektiven: Gefahr von Staatsstreich, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl. Unter solchen Umständen, meinte er weiter, werde auch beim schönsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust nicht geweckt. Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen, so betonte Joos u. a. ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Einhaltung der Verfassung garantiert. Mit einer solchen Regierung kann der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (sogen. Präsidialkabinetts) durchaus in Einklang gebracht werden. Es muß möglich sein, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, die in Selbstdisziplin einer Regierung auch ihres Vertrauens die Möglichkeit zu starker volltätiger Führung und so entscheidenden Entschlüssen gibt. Nach unserer Ueberzeugung stehen solche Möglichkeiten, wie ich sie hier andeute, auch heute noch offen. Keine Parteiberlegungen könnten und den leichterem Weg der Opposition weisen. Der Gedanke der Mitverantwortung an den Geschicken der Nation zwingt uns indes auf den Weg, den wir beschritten haben und pflichtgemäß weiter verfolgen.

Der Kanzler bei Hindenburg

Berlin, 8. Sept. Wie wir erfahren, empfing der Reichspräsident gegen mittag den Reichskanzler zum Vortrag. Bei dieser Gelegenheit wird natürlich die gesamte innenpolitische Lage besprochen.